

Protokoll

über die öffentliche Landtagssitzung vom 23. Dezember 1936
Beginn vormittags 11 Uhr.

Abwesend: P. Büchel, Basil Vogt, Marxer & Batliner.

Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird gelesen und genehmigt.

Einzigiger Behandlungsgegenstand: Budgetberatung.

Tit. I.

Reg. Chef: nimmt die Lesung der einzelnen Posten vor, wobei er unter anderem darauf verweist, dass seitens des Landeskassenverwalters und dessen Hilfsbeamten ein Gesuch um Erhöhung des Gehaltes eingebracht worden sei, das angesichts der steigenden Arbeitsvermehrung billig und auch von der FK. mit einer bescheidenen Erhöhung gebilligt worden sei. Auch habe sich die Arbeit in der Landesverwaltung dauernd vermehrt, was an Hand der Akten einwandfrei nachgewiesen werden könne. Die Beamtenschaft habe auch den Wunsch geäußert, es sollte mit Rücksicht auf die gesteigerten Lebenskosten der Gehaltsabbau, wie ihn Art. 5 vorsehe, fallen gelassen werden. Ein zweiter Antrag laute dahin, dass wenigstens die Beamten und Angestellten mit einem Gehalt unter Fr. 3000.- von einem Gehaltsabbau befreit werden sollen. Die Erscheinung der Steigerung der Lebenshaltung könne nicht abgestritten werden.

Präsident weist bezgl. der Arbeitsleistung der Landeskasse auf den Bericht der Revisionsstelle, die eine Neuanstellung eines Lehrlinges anempfohlen habe.

Risch Ferdi: Es sollte geprüft werden, ob es nicht möglich sein sollte, die Landeskasse zu entlasten. Wir haben als Geschäftsprüfungskommission den Auftrag erhalten, die Angelegenheit einer Anstellung eines Lehrlinges bei der Landeskasse zu prüfen. Wir sind zur Ansicht gekommen, dass die Landeskassenbeamten entlastet werden sollten. Vielleicht könnte der Einzug von verschiedenen Strafen, wie Hühner-, Polizeistundeübertretungs- und Schulstrafen anders gestaltet werden.

Reg. Chef: Wir haben bei der Regierung angefangen, die Unterstützungen nur mehr in Form von Gutscheinen auszugeben. Dadurch verringert sich die Arbeit der Auszahlung der Sparkasse auch etwas, indem die Ueberweisung nicht mehr durch das Postscheckamt zu gehen hat.

Antrag stellen, zu beschliessen, dass die Eintreibung solcher Gelder von den Kassieren der Gemeinden selber vorgenommen werden. Warum soll die Landeskasse für alle Gemeinden die Agentin machen.

Dr. Schädler: Es ist angestrebt worden, den in Art. 5 vorgesehenen Gehaltsabbau fallen zu lassen und es besteht ein zweiter Vorschlag, dass wenigstens die Gehaltskürzungen für jene Beamten aufgehoben werden sollen, die weniger als Fr. 3000 haben. Mit dieser Massnahme könnte auch ungerecht gehandelt werden, indem ein Familienvater nicht gleich behandelt werden soll, wie ein alleinstehender Beamter. Abgesehen von dem Moment für beamtete Familienväter halte ich aber dafür, dass der gegenwärtige Zeitpunkt psychologisch sehr ungünstig gewählt ist. Wenn heute schon angesichts der Teuerung eine Gehaltserhöhung oder mindestens eine Beseitigung der Gehaltskürzungen in Kraft tritt, dann werden natürlich alle jene Kreise, die mit viel weniger des Jahres durchkommen müssen, beunruhigt werden und es wird eine allgemeine Preissteigerung einsetzen. Wenn eine bedeutende Preissteigerung kommt, so wird eine Umstellung von Fall zu Fall und von Zeit zu Zeit behandelt werden können, sowohl was die Gehälter der Beamten betrifft und was die Preise im Lande und die Entlohnung der Arbeit anbelangt. Wenn heute schon mit dieser möglichen Preiserhöhung und Verteuerung spekuliert wird und der Landtag schon so Stellung nimmt dazu, so wird sich diese Einstellung in weiteren Kreisen auswirken. Ich empfehle, vorläufig von einer Aenderung des Art. 5 absehen zu wollen.

Wend. Beck: Ich möchte diesem Antrage Dr. Schädlers beipflichten und kann verraten, dass ich der Besoldung der Staatsbeamten, wenn nicht die Abwertung eingetreten wäre, mein Augenmerk zugewendet hätte. Der Zeitpunkt ist nicht da, um die erfolgten Kürzungen der Gehälter wieder aufzugeben. Ich würde es vorläufig so lassen und wenn eine Teuerung eintritt, kann man immer noch darüber reden.

Reg. Chef kommt auf die Pensionierung der Witwe nach Altlandeskassenverwalter Keller zu sprechen und bemerkt, dass Kellerveine Pension von Fr. 5000 erhalten habe, welche zu $\frac{3}{5}$ vom Lande und zu $\frac{2}{5}$ von der Domäne bezahlt worden sei. Durch den Todfall bekomme übungsgemäss die Witwe Kellers $\frac{1}{3}$ der Pension und jedes Kind unter

20 Jahren $1/5$ der Pension der Witwe, was im vorliegenden Falle Frs. 1980 ausmache. Ich nehme an, dass durch die Beschlussfassung der Budgetposten auch diese Pension der Witwe nach Alt-Landeskassenverwalter Keller klar beschlossen sei.

Bei Post 12, Subvention für den histor. Verein wird auf Antrag der EK. Fr. 1000.- eingesetzt.

Tit. II. Schule

Reg. Chef: Ich möchte hier die Anregung machen, zu prüfen, ob nicht die Lehrmittel für arme Schulkinder erhöht werden sollten angesichts der schwierigen Lage der Gemeinden und Familienväter. Ich würde eine Erhöhung für das Budget tragbar halten, sofern armen Familien damit geholfen werden kann.

Hoop: Wenn es möglich wäre, möchte ich eine Erhöhung sehr befürworten.

Präsident: Ich möchte es ebenfalls befürworten, wenn dieser Kredit etwa um 50% erhöht werden könnte, was dann pro Schulkind Fr. 1.50 treffen würde.

Beck Wend.: Ich würde empfehlen, dass die Verteilung dieses Kredites dem jeweiligen Ortschaftsrat übertragen wird.

Präsident: Möglich ist es, doch müsste der Kredit zum voraus bestimmt werden. Ich glaube aber, dass man es den Lehrern weiter überlassen sollte, da er von Anfang des Jahres die Eintragungen über die bezogenen Waren der Schüler macht. Ich würde es den Lokalschulbehörden überlassen, dies zu handhaben, wie sie es für angezeigt finden.

Elkuch: Bei uns besorgt die Verteilung des Kredites durch den Ortschaftsrat. Eine Erhöhung dieses Kredites ist sehr angebracht und ist eine Erleichterung für Familienväter, da heute viele neue Bücher angeschafft werden müssen, was bei einer kinderreichen Familie ziemlich hoch zu stehen kommt.

Reg. Chef: Es ist aber möglich, dass jemehr ausgesetzt wird für diese Zwecke, umso grösser ist die Möglichkeit, dass eine gewisse Unzufriedenheit aufkommt. In dieser Hinsicht wäre zu überlegen, den Ortschaftsrat damit zu betreuen. Wenn aber das Geld bei den Lehrern in guten Händen ist, dann ist es auch in Ordnung. Klagen diesbezüglich sind bisher keine laut geworden.

Präsident: Dem Ortschaftsrat steht ja immer jede Ingerenz zu. 172

Ospelt: Ich würde es den einzelnen Ortsschulräten freistellen.

Der Lehrmittelkredit wird für 1937 von Fr. 1600 auf Fr. 2400 erhöht.

Tit. III. Bauamt.

Reg. Chef liest die einzelnen Posten durch und verweist auf die von der FK gebilligte bescheidene Gehaltserhöhung des Geometers und der Hilfskraft des Bauamtes.

Präsident: Bei diesem Titel ist noch eine neue Post anzuschließen auf Grund der letzten Konferenzbesprechung und zwar für die Landesvermessung. Der generelle Beschluss ist gefasst worden, die Triangulation durchzuführen und das bedingt eine Ausgabe von Fr. 10,000 für je zwei Jahre.

Es werden bei Post 12) Landesvermessung Fr. 10,000 eingesetzt.

Risch Ferdi: Ich möchte anfragen, was die Sache weiter kostet.

Präsident: Die einstweilen in Aussicht genommene Triangulation kostet Fr. 20,000. Auf Grund dieser kann dann später die spezielle Vermessung der Gemeinde- und Landesgebiete vorgenommen werden. Es kommt darauf an, wie es später durchgeführt wird. Wenn ein neues Kataster angelegt werden sollte, so dürfte dies eine Zeitspanne von 50 Jahren in Anspruch nehmen und ungefähr Fr. 4-500,000 kosten. Vorläufig müsste durch die Triangulation das Fundament hierzu geschaffen werden.

Risch Ferdi: Wenn es in kurzer Zeit Fr. 100,000 kosten würde, dann wäre es doch besser, wenn das Geld bei der heutigen Zeit für Arbeitsbeschaffung Verwendung finden würde. Das Kataster ist zwar alt aber es ist noch nicht so schlecht.

Präsident: Der Abschluss der Sache liegt erst in entfernter Zeit. Die Triangulation als notwendige Vorarbeit soll gemacht werden, so war es Beschluss der Konferenz. Wenn von der Arbeit geredet wird, so ist zu bemerken, dass auch liechtensteinische Kräfte bei dieser Arbeit benötigt werden und zwar in einem ausgiebigen Masse. Ich rechne mit der Hälfte des budgetierten Betrages für hiesige Arbeiter.

Wend. Beck: Bevor ich hier zustimmen kann, möchte ich wegen der Eingabe für das Tunnel nähere Auskunft.

Präsident: Diese Angelegenheit müsste wie seinerzeit der Kanal in einem besonderen Budget erledigt werden. Ich kann aber die Eingabe zur Verlesung bringen. (Dieselbe wird verlesen)

Präsident: Ich muss darauf hinweisen, dass die Angelegenheit des Tunnelbaues bei Zeiten dem Bauamt übergeben worden ist. Dasselbe hat sich bereits geäußert und das Projekt ist überprüft worden und es hat bereits ein Augenschein an Ort und Stelle stattgefunden ein Tag vor Eintreffen dieser Eingabe. Ich sage das nicht, um irgendwie boshaft zu sein. Man hat schon längere Zeit das Projekt studiert u. es ist nun auch der Kostenvoranschlag der Baufirma Prader & Co. in Chur-Zürich eingetroffen. Das Gutachten und das Projekt der Firma ist derart, dass sie sagen, es kann gebaut werden und soll evtl. weiter südlich verlegt werden, um in ein sicheres Gelände zu kommen. Wünschbar erschiene ihnen auch ein geologisches Gutachten. Man werde evtl. damit rechnen müssen, Teilstücke des Inneren auszumauern. Es ist auch vorgesehen, dass man evtl. dem Saminabach Wasser entnehmen und durch das Tunnel führen kann. Diese Wasserabfuhr ist aber noch dahin endgiltig abgeklärt und wird noch zwischenstaatliche Vereinbarungen erfordern. Diese Vorarbeiten werden noch getroffen werden müssen. Die finanzielle Seite, wie weit es möglich ist, dieses Projekt zur Ausführung zu bringen, wird der Herr Reg. Chef darlegen. Jedefalls wird es wirtschaftlich heute notwendig sein, das nun aufgegriffene Projekt möglichst weit vorzutreiben, dass es realisiert werden kann. Jedefalls lebenswichtiger für die Selbsterhaltung des Landes in wirtschaftlicher Beziehung ist der Kanal. Das andere ist eine Sache, die geprüft wird und zwar ernstlich und wenn es sich so gestaltet, dass es tragbar erscheint, dass es auch ausgeführt wird. Hiebei habe ich in Erfahrung gebracht, dass in Triesenberg eine gespaltene Meinung herrscht. Der eine Teil ist für das Tunnel und ein anderer für eine offene Strassenführung.

Beck Wend.: Wann gedenkt die Regierung, dass die Sache definitiv behandelt werden kann. Was die Gegnerschaft am Berg betrifft, so kann wohl gesagt werden, dass diese nach genügender Aufklärung auf ein Minimum zusammenschrumpfen werden. Kein Triesenberger wird es verantworten können gegenüber der Nachwelt, dass man eine Strasse baut.

Präsident: Ich glaube auch, dass die Arbeitsmöglichkeiten keine geringe sein werden beim Tunnelbau, da ja doch schichtweise etwa 40-50 Arbeiter beschäftigt werden können.

Ospelt weist bei diesem Anlass auf die Unzulänglichkeit der Hinter- und der Kaspergasse hin und ersucht um Behalt...

hen Verkehrsmöglichkeiten hin.

Präsident: Ich glaube, dass die definitive Entscheidung, ob Tunnel oder Strasse gebaut werden soll, vom Volke entschieden werden muss. Das Volk als Ganzes soll hiezu Stellung nehmen. Es ist eine Verantwortung, die eine schwere Verantwortung auf sich lädt. Ich glaube, dass dies am besten auf diesem Wege gelöst wird. Sobald dann ein Beschluss da ist, ist die Zeit gekommen, wo man an die Ausführung schreiten kann.

Reg. Chef: Wir brauchen keinen Auftrag vom Landtage. Wir haben schon seit längster Zeit die Sache im Auge gehabt. Vor der Einladung hat schon ein Augenschein in der Sache stattgefunden und dieser Augenschein bildete die Basis für das nunmehr erstellte Projekt, das einen Kostenvoranschlag von Frs. 650.000 vorsieht. Ich hätte nun können daran gehen, zu überlegen, wie man diese 650.000 Fr. aufbringt. Vom Bauamte ist mir mitgeteilt worden, dass sich der Kostenvoranschlag noch berichtigen lasse und zwar nach unten. Diese Summe kann allerdings nicht aus den ordentlichen Einnahmen aufgebracht werden, soferne der Kanal weitergebaut werden soll. Wenn wir Fr. 600.000 ins Tunnel hineinstecken sollen, dann müssen die Arbeiten von Ruggell bis Balzers eingestellt werden. Etwas anderes ist es, wenn der Landtag beschliesst, durch ein Schuldenmachen diese Summe aufzunehmen, dann ist es einfacher. Wir werden, sobald wir einigermaßen wissen, wieviel an Kosten für das Tunnel gerechnet werden müssen, die Sache prüfen und dem Landtage Antrag stellen. Aber das kann ich sagen, dass Kanal und Tunnel zugleich nicht geht, es sei denn, dass Schulden gemacht werden. Vorausgesetzt wird auch, dass die Gemeinde Triesenberg und die interessierten Genossenschaften auch ihr Scherflein beitragen.

Beck Wend.: Ich glaube, dass das Tunnel nicht aus den ordentlichen Einnahmen gebaut werden kann. Es könnte aber auch eine Anleihe aufgenommen werden, die im Amortisationswege abgezahlt werden könnte. Es müsste meines Erachtens der Schlüssel angewendet werden, wie beim Kanal. Durch das Kanalprojekt sind die Berer auf die Seite gestellt worden. Gegen den Willen der Bevölkerung ist am Triesenberg gestrassnet worden, lediglich dass man die Leute beschäftigen konnte. Wenn man aber eine andere Arbeit hätte anweisen können, hätte man diese vorgezogen. Sicher ist der Kanal zu begrüssen und er darf nicht in Frage gestellt werden.

Präsident: Sie sagen, dass die Strassen in Triesenberg gegen den Willen der Gemeinde gemacht worden seien. Das kann zutreffen bezgl. der Strassenführung, nicht aber bezgl. der Arbeitsbeschaffung. Wenn Sie das Tunnel so befürworten, so werden Sie allgemein unterstützen dass wir einen anständigen Strassenzug haben dorthin, wo das Tunnel beginnen soll. Aus diesen Gedanken heraus sind die Strassen gebaut worden. Leider sind uns am Berg viele Schwierigkeiten bei dem Bau von Strassen gemacht worden. Wir hätten letztes Jahr die Strasse auf Gnalp weitergeführt, wenn uns nicht dort von privater Seite ein Grenpfahl gesteckt worden wäre. Vielleicht gelingt es der Gemeinde, diese Schranken noch zu beheben. Nach meiner Ansicht jedoch ist es nicht gegen den Willen der Gemeinde getan, wenn die Gemeinde um die Fortführung von Strassen ansucht.

Reg. Chef: Wenn der Abg. Wend. Beck der Meinung ist, dass wir gegen den Willen der Bevölkerung Strassen gebaut hätten, dann werden wir inskünftig darauf bestehen müssen, dass eine Gemeindeabstimmung stattfindet, bevor wir bauen am Berg. Wir möchten uns das nicht nachsagen lassen, dass wir gegen den Willen der Gemeinde Strassen bauen.

Beck Wend.: Ich habe im Rechenschaftsberichte gelesen, dass am Kanal und am Rhein die Summe von 5 Millionen verbaut worden ist. Wenn in den nächsten Jahren wieder 5 Millionen dort verbaut werden, habe ich nichts dagegen, allerdings unter der Bedingung, dass das Tunnel gebaut wird.

Präsident: Ich glaube, es wäre dem Abg. Beck möglich gewesen, klar festzustellen, für was und in welcher Frist diese Summen aufgewendet worden sind. Der Klarheit halber wäre es gut, wenn man die Dinge gleich dort beim Schöpfe nähme, wo sie liegen. Ich persönlich bin sehr dafür, dass die Frage des Tunnelbaues gründlich und eingehend geprüft wird, wenn durch den Bau eine wirtschaftliche Förderung kann erreicht werden, wenn auch nicht in dem Ausmasse wie beim Kanal. Es wird dadurch eine gewisse Förderung des Fremdenverkehrs und eine Keimigkeit in der Waldwirtschaft möglich sein und auch die Ausbeutung einer Wasserkraft und die wirtschaftliche Zeitersparnis wäre zu begrüssen. Alles das sind Dinge, die das Tunnel befürworten. Auf der anderen Seite aber darf man nicht vergessen und wird auch der Abg. Beck froh sein, wenn bei Eintritt von knapperen Zeiten

im entwässerten Gebiet etwas gepflanzt werden kann. Ich habe zum voraus betont, dass ich an dem Tunnelprojekt grosse Freude habe und es begrüsse, bin aber mit mir selber noch nicht so weit fertig, dass nur ein Tunnel zu befürworten wäre.

Ich glaube aber, dass der Abg. W. Beck vorläufig über die Tunnelfrage genügend aufgeklärt ist. Eine Beschlussfassung ist noch nicht möglich und gestossen und gestupft ist wieder in der Sache.

Mittagspause. Fortsetzung 1/3 Uhr.

Beck Joh.: Bezüglich der Eingabe wegen des Tunnelbaues möchte ich nicht unterlassen, darauf zu verweisen, dass ^{der Landtag} ~~man~~ schon anlässlich des Todes des Abg. Jos. Beck eine Begehung an Ort^s und Stelle hatte. Es waren dort alle Abgeordneten der Meinung, dass die Sache möglichen gefördert werden solle. Reg. Chef hat gesagt, dass die nötigen Unterlagen beschafft werden und das alles ist nun wirklich geschehen. Es wurden ja Fachleute beigezogen, es liegt ein generelles Projekt und ein Gutachten da und die Unterlagen sind wie besprochen geschaffen worden. Da ist mir aufgefallen, dass nun auf einmal, während die Sache in vollstem Gange ist, diese Eingabe gemacht wird.

Hasler: Ich möchte fragen, ob in Gamprin auch etwas verbessert wird an den Strassen.

Präsident: Es sind dort Arbeiten in Vorbereitung und auch die Instandsetzung der Strasse über die sogen. Gübla wird notwendig sein.

Beck Wehdel: Ich muss noch einmal auf das Tunnel zurückkommen, um allen Missdeutungen und Vermutungen die Spitze zu nehmen. Es ist versucht worden, unserer Eingabe einen politischen Anstrich zu geben. Das möchte ich zurückweisen. Wenn ich heuer nicht an die Ortsvorsteherung herangetreten bin, so liegt der Grund darin, dass ich gedacht habe, dass der Ortsvorsteher kein Freund des Tunnel sei, da er doch seit längster Zeit Gelegenheit gehabt hätte, dafür einzustehen. Das war der Grund, warum ich nicht an die Ortsvorsteherung herangetreten bin. Es ist nicht wichtig, wer es gemacht hat, die Hauptsache ist, wie sich die Abgeordneten dazu stellen.

Präsident: Ich glaube auch, dass der Abg. Beck und die Mitunterzeichneten nichts anders tun wollten, als die Sache weiter fördern. Die Eingabe konnte auch nur so aufgefasst werden. Ich bin auch überzeugt, dass die Fraktion der Vaterl. Union nicht glaubt, das Kind geboren zu haben. Es sollte diese Eingabe...

zu haben. Es sollte diese Eingabe lediglich eine Anregung sein, dem Landtage zu sagen, wie weit stehts mit der Sache. Sie braucht auch deshalb nicht nach links und nicht nach rechts aufgefasst zu werden. Ich glaube auch, dass dem Abg. Wend. Beck die Sache wegen des Augenscheines nicht bekannt war und er nicht so gut auf dem Laufenden war, wie die übrigen Abgeordneten. Sie ist also im Sinne einer Anfrage einer Förderung zu betrachten. Dass nichts unterlassen worden ist, ersuchen die Herren Abgeordneten aus den Arbeiten, die inzwischen gemacht worden sind. Notwendig wird es sein, zu prüfen, wie weit die finanziellen Unterlagen vorhanden sind.

Reg. Chef: Ich möchte ersuchen, die technischen Unterlagen fertigzustellen, dann wird die finanzielle Seite abgeklärt. Wir werden noch über die wirtschaftlichen Auswirkungen Erhebungen anstellen und wie weit das Tunnel vom Standpunkte der Arbeitsbeschaffung empfehlenswert ist und dann kann in kurzer Zeit endgiltig Beschluss gefasst werden. Dann ist es in kurzer Zeit reif, dass das Volk hierzu spricht.

Ospelt: Die Gemeinde Vaduz hätte damals beim Bau der Wasserleitung aus Malbun Fr. 30,000 an ein Tunnel bezahlt. Ich glaube, dass diese Gemeinde auch heute noch mehrheitlich dafür wäre, wenn es gebaut würde und ich bin dafür, dass man die Vorarbeiten und nötigen Unterlagen schafft. Aber es soll auch mit allem Nachdruck der Kanal gefördert werden.

Beck Wend.: Ich glaube, dass eine Möglichkeit vorhanden ist, das Tunnel zu bauen und dabei den Kanal nicht im Stich zu lassen. Was die Volksaufklärung betrifft, glaube ich den Wunsch ausdrücken zu dürfen, dass wie beim Kanalbau, die Regierung, der Landtagspräsident und der Landes-techniker öffentlich für den Tunnelbau eintreten möchten. Wenn 1932 Tunnel und Kanal zur Debazze gestanden wäre, hätte sich Triesenberg auch mehrheitlich für den Kanal eingesetzt, sonst aber hat man sich in wirtschaftlicher Beziehung als enterbt gefühlt.

Präsident: Was mich anbelangt, so kann ich sagen, dass ich, sobald ich überzeugt bin davon, dass die wirtschaftlichen Vorteile eines Tunnels so sind, wie beim Kanal oder auch nur im Verhältnis so sind, werde ich mit der gleichen Wärme und Aufopferung für das Tunnel eintreten. Es ist nicht meine Sache, mich irgendwie an ein Projekt zu verkaufen. Ich war auch beim Kanalprojekt anfänglich reserviert. Sobald ich aber überzeugt war, dass es wirtschaftlich und technisch durchführbar sei, habe

ich mich dafür eingesetzt und so werde ich es auch hier halten. Ich glaube, dass ich mit meinen Ausführungen Ihrem persönlichen Wunsche entsprochen habe.

Risch Ferdi: Mir ist auch bekannt, dass seinerzeit die Regierung bei den Gemeinden und Genossenschaften angefragt hat wegen der Kostenbeteiligung. Ich bin der Ansicht, dass auch das wieder zu den Vorarbeiten gehört. Ich bin immer einer gewesen von jenen, ja ich kann wohl sagen der erste, der vom Tunnel gesprochen hat und ich bin heute noch ein warmer Freund des Tunnels. Weil es eine grosszügige Arbeit ist, sollte die Sache, wie seinerzeit beim Kanal, durch das Volk entschieden werden.

Dr. Schädler: Ich bin der Meinung, dass kein Vernünftiger den Tunnelbau auf Kosten des Kanalbaues befürworten wollte. Es ist selbstverständlich mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Bedeutung des Kanal der Bau desselben das primäre und der Tunnelbau das sekundäre. Das Zweck der Eingabe war hauptsächlich, die Vorarbeiten des Tunnelbaues zu beschleunigen, zu fördern und vor allem über den Stand der gegenwärtigen Lage zu orientieren. Dann wäre es interessant zu erfahren, wie weit die zwischenstaatlichen Vorbesprechungen gediehen sind wegen der Ausbeutung des Wassers. In dieser Frage ist glaublich noch nichts unternommen worden.

Reg. Chef: Ich möchte noch bemerken, dass die Meinungen über die Eingabe einigermaßen auseinander gehen. Diese Eingabe ist konkreter gehalten. Item, das bleibt sich gleich. Auch ohne diese Eingabe sind die Arbeiten im Auge behalten worden. Es befand sich das Projekt im Stadium der Entwicklung und des Gesammeltwerdens der Unterlagen. Was die Führung des Saminawassers durch das Tunnel betrifft, so ist das eine grosse neue Frage, die mit dem neuen Projekt aktuell geworden ist, dessen Lösung aber ausserordentlich schwierig ist. Es darf nicht vergessen werden, dass das internationale Wasserrecht eine der heikelsten juristischen Fragen ist. Wir müssen zum vorneherein selbstverständlich mit einem Widerstande der Vorarlberger rechnen. Es ist zwar allerdings diese Frage der Wasserableitung vom Saminabach ~~am~~ ~~bei~~ verschiedensten Gelegenheiten schon besprochen worden. Es liegen bei der Regierung Jahrzehnte zurückliegende umfassende Akten von Verhandlungen, wo allerdings zwei diametral sich gegenüber stehende Meinungen herrschen. Es ist dies eine Frage, die nicht leicht abzuklä-

ren ist. Es muss getrachtet werden, diese Sache möglichst im gegenseitigen Einvernehmen zu lösen.

Präsident: Diese Frage ist schon vor einigen Jahren besprochen worden und es kommt darauf an, zu welchem Zweck und in welcher Menge die Wasserabfuhr erfolgt. Ich glaube diesen Punkt der Verhandlungen ab konkretum verschieben zu können.

Ich möchte bitten, dass mit diesen Ausführungen eigentlich genügend Klarheit über diese Eingabe geschaffen worden ist und wir wieder zur Behandlung des Budgets schreiten müssen.

Risch Ferdi: beantragt, inskünftig in der Subventionierung der Rufebauten den gleichen Schlüssel anzuwenden, wie bei den Rheinbauten und den Rufeverbauungen ein vermehrtes Augenmerk zuzuschicken.

Präsident bemerkt, dass hievon schon einmal gesprochen worden sei, doch liege die Schwierigkeit nicht in der Erhöhung der Subvention seitens des Landes, sondern in der Bestimmung, welche Gebiete der Rufen als eigentliche Rufen anzusehen ~~hätten~~ seien. Er bevürwortet eine höhere Subvention für Rufebauten.

Ospelt unterstützt den Antrag Ferd. Risch.

Reg. Chef: Ich bin auch nicht gegen eine Erhöhung der Subvention für Rufebauten, obwohl ich, wenn dieser Antrag formell gestellt wird, einen Gegenantrag stellen werde auf vorläufige Verschiebung der Beschlussfassung, da diese Frage im Zusammenhange mit noch schwebenden Fragen gelöst werden kann. Interessieren würde mich, ob die Gemeinden dann dem Lande auch das Recht einräumen, widerspruchslos die Anordnungen in den Rufeverbauungen treffen zu können, oder ob wir nur mehr bezahlen dürfen, die übrigen Unzukömmlichkeiten aber weiter bestehen bleiben.

Risch Ferdi: Ich halte es für selbstverständlich, dass die Faktoren wie Forstmeister, Landestechniker etc. im Einvernehmen mit den Gemeinden, die am besten orientiert sind über den Stand der Rufen, die Arbeiten bestimmen. Es ist sicher, dass hier mehr getan werden muss, wenn es nicht katastrophal werden soll.

Präsident: Eine Klärung der berührenden Fragen ist unbedingt notwendig, sonst werden sich wieder die gleichen Schwierigkeiten einstellen. Es wird die örtliche Abgrenzung der Rufen genau bestimmt werden müssen.

Ospelt: Ich bin der Meinung, dass weniger Schwierigkeiten bestehen, wenn man den gleichen Schlüssel anwendet wie beim Rhein. Die Rufe-Kommission wird einfach befehlen. Andererseits wird die Gemeinde ein gewisses

Mitspracherecht nicht aufgeben, wenn sie schon bezahlen soll.

Präsident: Grundsätzlich ist von der Regierung die Meinung ausgesprochen worden, dass es möglich ist, eine solche Sache durchzuführen, aber die Vorarbeiten müssten vorher noch bereinigt werden. Damit bitte ich den Abg. Risch, mit der Beschlussfassung über sein Votum noch zuzuwarten.

Risch ist damit einverstanden.

Dr. Schädler: Risch hat den Antrag gestellt, es sollte vorläufig von einer Landesvermessung abgesehen werden, weil die vorhandenen Mittel für die Arbeitsbeschaffung verwendet werden müssen. Ich möchte diesen Antrag unterstützen eben im Sinne einer raschen Förderung des Kanalbaues. Weil die Frage des Kanalbaues wirtschaftlicher Bedeutung ist, ist die Beschleunigung dieses Werkes einer Landesvermessung vorzuziehen.

Präsident: Wenn die Landesvermessung bezw. Triangulation solch wesentliche Mittel in Anspruch nehmen würde, dass die Arbeiten am Kanal behindert würden, dann wäre ich auch dieser Meinung. Auf der anderen Seite habe ich die Meinung, dass die Durchführung der vorgesehene Triangulation den Fortgang dieser Arbeiten nicht ändern wird. Es wird auch, wie schon betont, dabei Arbeit geschaffen. Zudem besteht ja noch bei der 2. und 3. Lesung die Möglichkeit, hierüber zu diskutieren.

Tit. IV. Landwirtschaft.

Reg. Chef: Der Posten Subventionen ist neu ins ordentliche Budget aufgenommen worden. Die einzelnen Posten sind unter Bedachtnahme auf die im heurigen Jahre für solche Zwecke ausbezahlten Subventionen eingesetzt worden. Interessieren dürfte Sie, dass heuer total etwa 160,000 Klafter Streueboden zu Pflanzboden umgebrochen worden ist, was sich auch in den Mahlprämien widerspiegelt, wo Liechtenstein von allen schweizerischen Kantonen an erster Stelle steht.

Bei Tit. V. Abgaben herrscht keine Diskussion.

Tit. VI. Post, Telphon & Telegraph.

Dr. Schädler erkundigt sich über die ihm im Verhältnis zu Vorjahren hochscheinende ausgesetzte Summe für Diensträume.

Präsident klärt auf, dass letztes Jahr ungefähr diese Summe aufgegangen sei, weshalb sie als Grundlage genommen worden sei. Durch den

Bau des Postgebäudes Vaduz sollten sich diese Auslagen verringern, doch könne hierüber später noch aufgeklärt werden.

Tit. VII. Gerichts- & Polizeiwesen.

Reg. Chef: verweist auf die von der FK genehmigten Vorrückungen des Gerichtsschreiber und der Kanzlisten. Es ist vom Gefängniswart ein Gesuch eingelangt, dass er nicht berücksichtigt worden sei in der Vorrückung. Es wird sodann eine Vorrückung von Fr. 100.-budgetiert. Risch Ferdi fragt an, ob nicht die Möglichkeit bestehe, in Schaan angesichts der bestehenden Notwendigkeit einen ständigen Polizeiposten zu schaffen.

Reg. Chef weist auf die Gefahren oder Dislozierung der Polizei hin. Wenn man keine Polizei wolle, solle man sie dislozieren, sonst aber müsse sie erfahrungsgemäss in Vaduz zentralisiert bleiben.

Ospelt: Ich möchte anfragen, ob es nicht möglich wäre diese im Lande herumlaufen arbeitsscheuen Elemente irgendwo in einem Bürgerheim unterzubringen, sie allerdings hätten keinen Platz.

Reg. Chef: Der billigste Weg ist hier eingeschlagen worden. Es wäre auch eine Möglichkeit, dass man für diese Leute eine Arbeitsstätte schafft im Riet oder so etwas gegen eine bescheidene Bezahlung. Wenn die Gemeinden, aus denen sich diese Teilnehmer rekrutieren, auch einen bescheidenen Beitrag leisten würden, dann hätte man den Vorteil, dass etwas gelsietet würde. Es würde zwar nicht eine billige Arbeit werden, andererseits aber haben wir gar nichts davon, wenn wir das Geld in eine schweizerische Anstalt zahlen.

Ospelt: Es sollte wenigstens eine Aufnahme gemacht werden, wieviele solcher Leute, die versorgungsfähig wären, wir eigentlich haben im Lande.

Präsident: Die Taxierung ist vielleicht auch etwas verschieden.

Risch Ferdi unterstützt den Antrag Ospelt's.

Elkuch befürwortet ebenfalls diesen Antrag.

Reg. Chef: Wir wollen die Frage einmal ernstlich prüfen und an die Gemeinden schreiben, was für Kandidaten sie empfehlen und dann werden wir Vorschläge machen.

Bei Tit. VIII waltet keine Diskussion.

Tit IX. Soziale Fürsorge.

Reg. Chef: Verschiedene Posten sind gegenüber dem Vorjahre bedeutend erhöht worden. Es hat sich das Bedürfnis der Beihilfe seitens

des Landes gestärkt, vermehrte Ansprüche an das Land zu stellen, weshalb der Landtag in einer der letzten Konferenzsitzungen sich gezwungen sah, ~~ein~~ einen Nachtragskredit von Fr. 20,000 für 1936 zu gewähren. Dementsprechend müssen für das kommende Jahre die einzelnen Positionen für die soziale Fürsorge erhöht werden. Bemerken möchte ich auch noch auf ein eingelaufenes Gesuch der Gewerbe-genossenschaft um eine Subvention zur Deckung der laufenden Spesen. Ich weiss nicht, ob die Herren Abgeordneten über die Entwicklung der Genossenschaft orientiert sind. Wie bei jeder solchen Institution sind eben Kinderkrankheiten zu überwinden, ich glaube aber, dass es mit der Zeit besser gehen wird, wenn eigene Mittel beschafft werden können, indem auf dem Gesetzgebungswege die Interessierten zur Beitragsleistung herangezogen werden sollen. Ich bin nicht abgeneigt, dieses Gesuch zu befürworten und es lässt sich vielleicht aus dem Titel gewerbl. Zeichenkurse etwas machen. Ich schlage vor, hier diesen Posten in Gewerbl. Subventionen abzuändern, so dass mit diesen Mitteln dieser Genossenschaft unter die Arme gegriffen werden kann.

Ospelt: Ich möchte das Gesuch bestens befürworten, da ja bekanntermassen das Gewerbe Not leidet. Dann möchte ich darauf hinweisen, dass für Fremdenverkehrspropaganda zu wenig eingesetzt ist mit Fr. 1000. Das ist im Verhältnis zu den von den Nachbarstaaten vorgesehenen Mittel viel zu wenig.

Reg. Chef: Es ist mir bekannt, dass mit diesem Betrag das Auslangen nicht gefunden werden kann. Ich wollte nicht mehr ins ordentliche Budget aufnehmen. Ich habe aber mit dem Verbands der Licht-Verkehrsverein die Sache dahin besprochen, dass in einem ausserordentlichen Budget hierfür mehr vorgesehen werden soll und ich werde mir später erlauben, hier Vorschläge zu unterbreiten.

Beck Wend.: Frägt an, warum für Krankenkassen der gegenüber dem Vorjahre um das doppelte erhöhte Betrag eingesetzt worden sei.

Reg. Chef: Wir haben diesen Betrag um 100% erhöht, um das Krankenversicherungswesen zu fördern. Wir haben die Frage auch geprüft, ob nicht eine obligatorische Krankenversicherung in Angriff genommen werden sollte. Wir haben einen Entwurf gemacht, haben aber leider das Gefühl bekommen, dass sie nicht Anklang finden werde bei einer Volksabstimmung. Aber im Wege einer Förderung des freiwilligen Kran-

kenversicherungswesens glaubten wir, dem grundsätzlich guten Gedanken doch mehr zum Durchbruch verhelfen zu können.

Risch Ferdi fragt an, ob es nicht möglich wäre, der ältesten liechtensteinischen Krankenkasse erhöhte Zuwendungen zu machen, da die Mitglieder aus älteren Leuten bestehen und die jungen Leute heute sich den jüngeren anderen Krankenkassen anschliessen.

Präsident: Balzers hat eine Lokalversicherung und mir scheint, dass dieselbe das gleiche Anrecht geltend machen kann.

Dr. Schädler glaubt, dass eine Bevorzugung nicht verstanden würde und Folgen zu gewärtigen hätte. Er empfiehlt gleiche Behandlung für alle.

Hoop unterstützt den Antrag Ferdi Risch's.

Reg. Chef: glaubt, dass im Wege einer anderen Mittelzuwendung auf Ansuchen hin diesen begründeten Momenten Rechnung getragen werden könne, wie man es beim ~~liechtensteinischen~~ liecht. Viehversicherungsverein gemacht habe.

Risch Ferdi: weist auf die Folgen hin, wenn der liecht. Krankenversicherungsverein sich auflösen müsste. Damit wäre manchem älteren Mitglieder die Möglichkeit genommen, sich anderswo anzuschliessen, da solche nicht mehr unterkommen würden. Dann würde auch der Fond für soziale Fürsorge mehr in Anspruch genommen. Durch aussergewöhnliche Beihilfe jedoch könne auch geholfen werden.

Beck Wend.: glaubt, dass durch diese 100%ige Erhöhung genügendes Entgegenkommen getätigt worden sei. Es gebe auch noch solche Leute, die aus finanziellen Schwierigkeiten sich nicht einmal versichern lassen können.

Ospelt: Ich möchte die Frage aufwerfen, ob es nicht an der Zeit wäre, die Unterlagen zu schaffen für eine allgemeine Altersversicherung. Ferner möchte ich fragen, ob die Regierung nicht in der Lage wäre, einen Teil der Aerztekosten im Spital in Vaduz zu übernehmen.

Reg. Chef: Bezgl. Uebernahme der Aerztekosten kann ich sagen, dass wir diesbezüglich verschiedene Vorarbeiten schon getroffen haben. Ich habe schon zweimal mit Herrn Dr. Prader verhandelt, weiter mit der Kabinettskanzlei und habe die bezughabenden Bestimmungen schweizerischer Kantone mir beschaffen lassen und wir werden in nächster Zeit wieder darauf zurückkommen. Ich glaube, dass hier etwas gemacht werden kann. Ueber die Einzelheiten

Näheres sagen, da noch der Bericht des Hr. Dr. Prader aussteht.
Was die Altersversicherung betrifft, so ist das ein Problem von ungeheurer Wichtigkeit und die diesbezüglichen Vorarbeiten sind bereits gemacht worden. Es liegt ein Gutachten da. Die Mittel, die hier beansprucht werden für die Durchführung dieser Versicherung, sind, wenn sie in absehbarer Zeit wirksam werden soll, unerschwinglich. Entweder benützen wir die Mittel zur Aeuffnung des hiezu angelegten Fondes, dann müssen wir aber die alndschäftlichen Arbeiten sein lassen, oder wir wehren dem ersten Tod und dann müssen wir die Altersversicherung noch etwas zurücklegen. Es ist nur eine Frage des Geldes. Wenn wir eine einigermaßen für das Land tragbare Altersversicherung vorlegen, dann wird sie verworfen, weil die Beiträge für den einzelnen dann zu hoch sind. Ich glaube, dass wir am besten den von uns beschrittenen Weg der individuellen Behandlung, der auch in unseren Nachbarstaaten als der richtige erkannt worden ist, gehen sollen. Selbst im neuen Frankreich, wo sicher eine den Arbeitern gutgesinnte Regierung am Ruder ist, geht man zu unserem System über.

Präsident: Es ist am besten, den eingesetzten Posten so zu belassen, und weitere Vorarbeiten zu treffen und abzuwarten, bis ein bezügliches Ansuchen eines Vereines an das Land gestellt wird.

Tit. X & XI. Zinsen und Amortisationen.

Reg. Chef bemerkt, dass die Schuldenlast seit dem Höchststand in den letzten Jahren um 2 Millionen verringert worden ist.

Präsident nimmt die Lesung des eigentlich gestzlichen Teiles des Budgets vor.

Bei Art. 4 bemerkt Reg. Chef, dass eine Vorlage ausgearbeitet sei, welche im heurigen Jahre die Steueransätze für den Unselbständigerwerbenden, soweit es die wirtschaftlich Schwachen betrifft, herabgesetzt hat, dafür aber die grösseren Einkommen stärker besteuert. Das wird auch für jeden Fixbesoldeten mit einem Gehalt von über Fr. 2500 eine weitere Belastung sein.

Beck Wend. stellt den Antrag auf Belassung des Art. 5 über die Kürzung der Gehälter der Beamten, Angestellten und Lehrer.

Präsident nimmt sodann die 2. Lesung vor, & ruft die einzelnen abgeänderten Positionen auf, und frägt, ob noch zu irgend einem Punkte des Budgets Stellung genommen werden möchte.

Beck Wend. Ich möchte noch einmal die möglichst rasche gesetzliche Regelung der Pensionen anregen.

Nach vorgenommener artikelweiser 3. Lesung lässt Präsident abstimmen über das Finanzgesetz 1937, das einstimmig mit den vorgenommenen Änderungen angenommen wird.

Präsident: Der Landtag hat damit, wie es alljährlich zu geschehen pflegt, mit dieser Sitzung auch das Arbeitspensum erledigt. Es wäre noch zu bestellen der Landesschulrat, dessen Amtsdauer abgelaufen ist. Es kann aber noch zugewartet werden, nachdem hier noch nicht volle Einigkeit herrscht und bis zur Neubestellung der alten Ämter hat. Ich erwähne das, um nicht evtl. eine Verschleppung oder eine Verschiebung der Sache auf irgend welche andere Gründe zurückzuführen.

Es muss somit noch der Landesausschuss bestellt werden. Bisher war es Übung, dass die FK gewählt worden ist.

Risch Ferdi stellt den Antrag, dieselbe wieder mit den Funktionen des Landesausschusses zu betrauen, was ~~unanimig~~ mehrheitlich geschieht.

Präsident: Damit hätten wir das Pensum erledigt und ich möchte diese Gelegenheit benützen, um den Herren Abgeordneten für die viele Arbeit, die geleistet worden ist, zu danken. Es ist mir persönlich etwas unlieb, wenn ich die am Schluss der Session erfolgte kleine Störung mitverbuchen muss. Ich erwähne sie nur deshalb, weil sie gerade im heutigen Protokoll verzeichnet war und hoffe, dass diese Dinge dazu angetan seien, das weitere Zusammenarbeiten nicht zu stören. Es soll von der einen, wie der anderen Seite alles getan werden, was die eintrachtige Zusammenarbeit fördern kann. Ich danke für all das, was mit guter Absicht geleistet worden ist und für diese Zusammenarbeit. Es geht nicht anders an, ~~unanimig~~ und wäre nicht in Ordnung, wenn nicht in freier Meinungsäußerung manchmal die Meinungen etwas entgegengesetzt sind, ja sogar manchmal etwas hart auf einander gehen. Dadurch wird auch nie die eintrachtige Arbeit gestört werden können. Die Arbeit, die dieses Jahr wieder geleistet worden ist, ist in gleicher Weise wieder eine Arbeit selbstverständlichen Fortentwickelns ohne grosses Aufsehen nach aussen, dafür aber eine stärkere Arbeit der inneren Konsolidierung. Es ist Arbeit und Verantwortung genug gewesen. Ich weiss, dass von einer Sei-

te der Vorwurf gemacht worden ist, man sei zu wenig produktiv gewesen d.h. man sei zu wenig initiativ auf dem gesetzgeberischen Wege vorgegangen. Ich bin der Meinung, dass nicht immer das Neue das Beste ist und dass man das gute Alte in gewissen Belangen auch heute noch gut verwenden soll. Wenn also nach aussen keine derartigen grosse bewegenden Dinge geschehen sind und beschlossen werden mussten, so war doch die Arbeit eine sehr wichtige. Ich brauche nicht auf das einzelne aufmerksam zu machen. Erwähnung tun möchte ich nochmals bei diesem Jahresabschluss unseres auf so tragische Weise verunglückten Mitgliedes des Herrn Jos. Beck von Triesenberg, der nach kurzer Tätigkeit verloren ging und dann durch seine Ortskraft Wend. Beck ersetzt worden ist. Ich möchte auch nicht unterlassen, dem Regierungschef und der Regierung, soweit es meine Person nicht betrifft, zu danken für die Hingabe, die Verantwortung und die geleisteten Arbeiten. Es ist keine Kleinigkeit, heute in der Regierung sozusagen Mädchen für alles zu sein. Die Wünsche, die an sie gestellt werden, sind bald gross bald klein und jeder findet heute in vermehrter Masse den Weg dorthin. Die Kräfte müssen zur Gänze eingesetzt werden. Ich glaube, die Herren Abgeordneten teilen diese Ansicht und Ueberzeugung, dass der Einsatz dieser Kräfte von Seite des Herrn Reg. Chef in vollem Masse geschehen ist, was nicht nur vom Landtage, sondern auch vom Volke anerkannt wird. Ich möchte aber diesen Ankauf auch nicht vorübergehen lassen, um unseres geliebten Landesvaters und der Landesmutter zu gedenken und bitte den Herrn Regierungschef, den Durchlauchten unsere Ergebenheit und unseren Dank und besonders auch die Glückwünsche des Landtages für die kommenden Feiertage und den Jahreswechsel übermitteln zu wollen.

Reg. Chef: Ich werde nicht verfehlen, sowohl Seiner Durchlaucht dem Landesfürsten, wie Ihrer Durchlaucht der Fürstin hievon Mitteilung zu machen und die Glückwünsche weiterzuleiten. Ich weiss auch, dass ich in den Absichten und den Intentionen Ihrer Durchlauchten handle, wenn ich Ihnen im Höchsten Namen für diese Glückwünsche danke und sie aufs herzlichste erwidere. Ich danke auch dem Herrn Präsidenten für die freundlichen Worte auch namens der Regierung auf das beste für die fruchtbare Mitarbeit des Landtages. Ich benütze die Gelegenheit, um auch Ihnen anlässlich

des bevorstehenden Jahreswechsels die besten Glückwünsche zu ent-
bieten und erkläre hiemit, indem ich hiemit von der Ermächtigung
des Landesfürsten Gebrauch mache, den Landtag für 1936 als ge-
schlossen.

Schluss der Sitzung 5 Uhr